

Was ist der IWF?

Die Gründungsjahre

Am 1. Juli 1944 lud der amerikanische Präsident Franklin Roosevelt 43 verschiedene Nationen zu einer internationalen Finanzkonferenz nach Bretton Woods in New Hampshire ein. Die 700 anwesenden Delegierten arbeiteten drei Wochen lang an ihren Ideen und Vorstellungen, wie künftig der weltweite Handel und das Finanzwesen stabilisiert werden könnte. Der Vorschlag des amerikanischen Finanzministeriums, zwei verschiedene neue Institutionen zu gründen, konnte sich schliesslich durchsetzen. So entstanden in Bretton Woods sowohl die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) und der Internationale Währungsfonds (IWF).

Die Gründe, warum die amerikanische Delegation die Gründung des Währungsfonds vorschlug, finden sich in der Krise der 1930er Jahre. Die grosse Depression führte unter anderem dazu, dass aus Vertrauensverlust in das Papiergeld die Nachfrage nach Gold rasch anstieg. Diese Nachfrage konnte jedoch nicht befriedigt werden und immer mehr Nationen mussten den Goldstandard aufgeben. „Goldstandard“ bedeutet, dass der Wert der nationalen Währung im Verhältnis zum Gold definiert wird. Dadurch konnte über etliche Jahre sichergestellt werden, dass Geld, egal in welcher Währung, einen am Weltmarkt anerkannten und stabilen Wert hatte. Mit der Aufhebung des Goldstandards ging diese Stabilität aber verloren und der internationale Kapitalfluss wurde unterbrochen. Dadurch wurde wiederum die Rezession verstärkt. Damit sich dieser Teufelskreis der kapitalistischen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg nicht ein zweites Mal wiederholen können sollte wurde der Internationale Währungsfonds geschaffen werden.

Um dies zu erreichen wurde ein System geschaffen, welches die uneingeschränkte Austauschbarkeit einer Währung gegen eine andere sicherstellen und den Wert jeder Währung klar und fest bestimmen sollte. Für das Funktionieren dieses Systems und um Länder in wirtschaftlichen Krisen mit Krediten zu versorgen sorgte ab 1946 der Internationale Währungsfonds. Damit von Anfang an klar war, wer die Hegemonie im Hause IWF besitzt, wurde der Hauptsitz unweit des Weissen Hauses gebaut und die Stellen mit amerikanischen Ökonomen besetzt. Auch die Mitbestimmung im IWF wurde so konstruiert, dass vor allem die westlichen Industrienationen, insbesondere die USA, die Definitionsmacht darüber haben, wie der IWF handeln soll. Die Stimmverteilung im IWF erfolgt nach dem einbezahlten Geld plus einem Mindestsatz an Stimmen für jede Nation, welcher aber im Verlaufe der Jahren kontinuierlich gesenkt wurden. Die USA hat mit 16.74% der Stimmanteile bis heute genügend Stimmen, um gegen jegliche Änderungen an der IWF-Charta, die mit mindestens 85% der Stimmen abgesehnet werden müssen, ein Veto einzulegen. Dahinter folgen mit einigem

Abstand Japan, Deutschland, das Vereinigte Königreich und Frankreich mit zwischen 6% und 4% der Stimmen. Die Anzahl an Mitgliedern wurde kontinuierlich erhöht, so dass der IWF heute 187 Mitgliedstaaten zählt. Die Schweiz ist seit 1992 Mitglied des IWF und ist Teil des 24-köpfigen Exekutivrats. Sie besitzt dank der Stimmrechtsgruppe, die unter dem Namen Helvetistan bekannt ist und zu der neben der Schweiz, Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgistan, Polen, Serbien, Tadschikistan und Turkmenistan gehören, 2,82% der Stimmen. Die Stimmen dieser Länder erkaufte sich die Schweiz mit jährlich rund 70 Millionen Franken Entwicklungshilfe, die in die Regionen der eigenen Stimmrechtsgruppe fließen.

Neue Rolle für den IWF, die Schuldenkrise und die Asienkrise

Durch die stabilen Wechselkurse trat der IWF in den ersten 20 Jahren seines Bestehens nicht gross an die Öffentlichkeit. Mit dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen zu Beginn der 70er Jahre erhielt der Währungsfonds jedoch eine neue Rolle. Nun sollte er vermehrt auch die Wirtschaftspolitik der verschiedenen Länder bewerten und überwachen. Auch heute noch begeben sich immer wieder Delegationen des IWF in die Mitgliedsstaaten, um Berichte zur Wirtschaftslage und möglichen neoliberalen Reformen zu Papier zu bringen. Mit dem Ausbruch der Schuldenkrise Ende der 70er Jahre änderte sich die Politik des IWF grundlegend: Auflagen für Kredite gab es zwar schon früher, aber seit Ende der 70er Jahre begann der Währungsfonds seine Schuldner massiv zu drängen, dem internationalen Kapital freie Bahn zu geben und die eigenen wirtschaftlichen Strukturen anzupassen. So wurde aufgrund des Drucks der USA 1978 die IWF-Charta angepasst, so dass die Vergabe von Krediten künftig an die Erfüllung der wirtschaftspolitischen Auflagen des IWF gebunden war. Was das bedeutete, musste unzählige Menschen in Lateinamerika und Asien am eigenen Leibe erfahren.

In den 60er und 70er Jahren hatten sich viele lateinamerikanische Länder immense Kredite von internationalen Gläubigern geliehen. Die Wirtschaft lief gut und Kapital wurde breitwillig zur Verfügung gestellt. Zudem war die Verschuldung von lateinamerikanischen Staaten ein gutes Geschäft für die Banken. Diese wurden Ende der 70er Jahre mit Geld der erdölproduzierenden Staaten, die vom steigenden Ölpreis profitierten, überschwemmt und suchten nach passenden Anlagemöglichkeiten. Doch mit der Wirtschaftskrise von 1980-82 änderte sich das Bild. Die Nachfrage nach Exportprodukten aus Lateinamerika sank und die Kredite führten zur Überschuldung. 1982 waren Länder wie Brasilien, Mexiko, Argentinien und Venezuela praktisch bankrott. Dadurch stieg die Anzahl der Schuldnerländer beim IWF sprunghaft an. Bis Ende 1984 hatten 42 Länder Abkommen mit dem IWF geschlossen. Die Länder mussten für die erhaltenen Kredite Strukturanpassungen über sich ergehen lassen. Während westliche Unternehmen von den geöffneten Grenzen profitierten, hatten die Menschen vor Ort unter steigender Armut und Arbeitslosigkeit zu leiden. Für die lokale

Bevölkerung waren die Jahre der IWF-Politik ein verlorenes Jahrzehnt. Auch die Abhängigkeit von den westlichen Industrienationen, die man mit der Dekolonisation endlich hinter sich lassen wollte, war wieder da. Und der Totengräber liess sich seine Arbeit auch noch fürstlich entlohnen. Jedes Schuldnerland musste 0,25 % der Kreditsumme an den Währungsfonds zahlen, um dessen Experten und sonstige Ausgaben zu bezahlen, zusätzlich wurde jeder Kredit mit 4,5% verzinst. Damit wurde auch gleich sichergestellt, dass die in den IWF einzahlenden Ländern von den Schulden und Krediten der anderen Länder profitierten.

Die gleiche Geschichte wiederholte sich Ende der 90er Jahre in Asien. Niedergang der Profite, Überschuldung und Kapitalflucht sorgten in Länder wie Südkorea, Thailand oder den Philippinen dafür, dass sie beim IWF Kredite aufnehmen mussten, natürlich unter Bedingung der üblichen Strukturanpassungen. Mehr noch als in Lateinamerika waren die aufgezwungenen Massnahmen eine willkommene Möglichkeit für westliche Unternehmen, sich im asiatischen Markt einkaufen und positionieren zu können. So verlangte der IWF beispielsweise von Südkorea in Folge der Strukturreformen explizit eine Rechtsgrundlage, dass ausländische Banken südkoreanische aufkaufen konnten. Wie schon in Lateinamerika profitierten vor allem der Westen und seine Unternehmen während die Menschen vor Ort in Armut getrieben wurden.

Auf das prophezeite Ende folgt die Finanzkrise

Doch die verheerende Politik des IWF in den vergangenen Jahren ging am Währungsfonds nicht spurlos vorbei. Mehr noch als in der lateinamerikanischen Schuldenkrise wurde die IWF-Politik während der Asienkrise auch in den westlichen Ländern von breiten Teilen der Öffentlichkeit kritisiert. Die aufkommende Antiglobalisierungsbewegung trug diesen Protest auf die Strassen und die Konferenzen des IWF wurden regelmässig zum Schauplatz internationaler Proteste. Ehemalige Schuldner zahlten dem Währungsfonds ihre Schulden vorzeitig zurück, um sich aus seinen Klauen befreien zu können. Der Währungsfonds hielt sich darauf -- auch wegen der weltweiten Wirtschaftslage -- für einige Jahre mit radikalen Strukturanpassungen und neoliberaler Krisenpolitik zurück. Dies veranlasste einige Autor_innen dazu, schon das Ende des IWF zu vorherzusehen. So titelte die WOZ 2006 im Header eines Artikels über den IWF: „*Es droht die Bedeutungslosigkeit.*“ Doch mit der aufkommenden Finanzkrise hat der IWF seine Rolle, die er seit den 70er Jahren innehat, wieder gefunden. Er empfiehlt Länder mit schwächelnder Wirtschaft, neoliberale Reformen einzuleiten. Und für Länder, die sich nicht mehr alleine aus einer Krise retten können, gibt es gemäss dem Währungsfonds nur eine Lösung: Kredite mit erzwungenen Strukturanpassungen.